

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Regierungspreis für die Lebensversicherung
Preisliste für Anzeigen aus dem Erzgebirge
Kontingente für Anzeigen in den verschiedenen Abteilungen
Kontingente für Anzeigen in den verschiedenen Abteilungen
amtliche Stelle des Erzgebirges

Veränderungen können die Anzeigen
und die Anzeigen der Anzeigen
enthalten. - Erhalten werden
Jahrespreis - Anzeigen Nr. 22.

Katalognummer: Katalognummer Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postnummer: Amt Leipzig Nr. 991

Nr. 84

Dienstag, den 8. April 1924

19. Jahrgang

Die bayrischen Provinzwahlen.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die Provinzwahlen in der bayerischen Hochburg Bayern haben das erwartete Ergebnis gehabt: die Extremen von rechts und links, die Deutschbayerischen und die Kommunisten behaupten siegeskrönt das Schlachtfeld und die übrigen Parteien teilen sich in die Kosten ihrer Niederlage. Das Wahlergebnis ist die logische Folge der politischen Entwicklung Bayerns in den letzten Jahren. Die bayerische Regierung hat seit dem Kapp-Putsch den rechtsradikalen Elementen eine Freistätte gewährt, in der diese sich bald heimlich festsetzten und sich schnell immer mehr ausdehnen konnten. Man hat in München nicht gemerkt, welche Schlange man damit an seinem Busen gewärmt hatte, indem man die nationalistischen Elemente schützte und verhärtete, und als man sich der Gefahr bewußt wurde, da war es bereits zu spät. Herr von Kahr der starke Mann Bayerns, konnte nur durch seinen „Berrat“ vom 9. November das Schlimmste verhindern, er hat dadurch aber sich selbst, die bayerische Regierung und die sie stützenden Parteien heillos bloßgestellt. Die bisher in Bayern regierenden Kreise haben am vorigen Sonntag vom bayerischen Volke die Cultung über ihr politisches Wirken erhalten.

Ein richtiger Wahlkampf hat es vor den bayerischen Provinzwahlen kaum gegeben. Die Wahlagitatorik wurde vielmehr fast ausschließlich beschränkt durch den „Hitler-Lubendorf“-Prozess dieses Gerichtsverfahrens, das unter der größten Spannung der ganzen Bevölkerung sich vollzog, sicherte den bei dieser Gelegenheit von den Angeklagten gehaltenen bayerischen Agitationsreden die denkbar größte Öffentlichkeit. Der Spruch der Münchener Richter endlich bewirkte gerade das Gegenteil von dem, was sich die bayerische Regierung davon verbroschen hatte. Auf der einen Seite bestätigte er den Angeklagten ihre nationale Gesinnung und ihre guten Absichten. Es bildete die glänzendste moralische Rechtfertigung, die die Angeklagten überhaupt für ihr Tun erwarten konnten. Die Freisprechung des Generals Lubendorf wirkte als eine Verbeugung der Staatsgewalt vor dem General, da wohl niemand an seiner Mitschuld bei dem Hitlerputsch gezwweifelt hat. Hitler aber und seinen Genossen wurde durch die Verurteilung zu einer langjährigen Festungstrafe eine Märtyrerkrone aufs Haupt gedrückt, wobei es nicht allzu sehr ins Gewicht fiel, daß diese Märtyrerkrone infolge der Verurteilung des höchsten Teiles ihrer Dornen verbrannt war. Gegenüber dieser durchschlagend propagandistischen bayerischen Staatspolitik für die Bayerischen und ihre Führer konnten naturgemäß die anderen Parteien nur schwer aufkommen.

Die Niederlage der bisher maßgebenden Partei, der Bayerischen Volkspartei, wäre noch größer gewesen, wenn General Lubendorf ihr nicht durch seine bekannte Verteidigungsrede eine Wahlpapier geliefert hätte, die besonders bei den breiten Massen der Bauernschaft ihre Wirkung nicht verfehlt. Durch seine wörtlichen Ausfälle gegen den Katholizismus hat er es der Bayerischen Volkspartei leicht gemacht, das konfessionelle Moment in den Wahlkampf hineinzubringen und mit dem Köder freies zu gehen: die Kirche ist in Gefahr. So hat die Bayerische Volkspartei trotz ihres Wahlniedererfolges es immerhin erreicht, daß sie auch dieses Mal wieder als stärkste Partei in den Bayerischen Landtag einzieht. Sie hat aber zu dem Stimmen- und Mandatsverlust noch eine doppelte politische und moralische Niederlage verzeichnen müssen: die Ablehnung des von ihr beantragten Volksentscheides, der den Weg öffnen sollte für die Einsetzung eines Staatspräsidenten, d. h. auf deutsch, des Staatshalters für die Mittelsbayerische Monarchie. Die großdeutsche und antikatholische eingestellten Bayerischen haben hier mit den Linksparteien zusammengewirkt um den partikularistischen Vorstoß der „Bayerischen Volkspartei“ abzuwehren.

Auch die Deutschnationalen, die in Bayern unter der Flagge Deutschnationaler Mittelpartei marschieren, haben eine schwere Niederlage erlitten und sind beispielsweise in München von 88 000 auf 12 000 Stimmen, also auf ein Drittel zusammengeschrumpft. Auch sie haben dafür zu büßen müssen, daß sie in den letzten Jahren in der bayerischen Regierung mitgewirkt haben. Es hat ihnen nicht geholfen, daß sie mit den Bayerischen in eine wahre Schmutzkampagne getreten sind, bei der der Streit darum ging, wer von beiden im Besitz des achten bayerischen Ringes sei. Es hat sich auch hier wieder gezeigt, daß es ein schwerer taktischer Fehler ist, sich den Argumenten und Ideen einer anderen Partei anzupassen, die von der augenblicklichen politischen Lage mehr begünstigt ist. Der Wähler empfindet unwillkürlich das Unlautere dieses Wettstreits. Er sagt sich, wenn bayerisch nun einmal Trumpf ist, dann wolle ich die richtigen Bayerischen

und nicht die „Auchbayerischen“. Das ist eine Behauptung nicht nur für die Deutschnationalen, sondern auch für alle anderen Parteien ohne Ausnahme gilt.

Daß die Linksparteien in Bayern schlecht abschnitten würden, war zu erwarten. Sie hatten unter dem

doppelten Druck der Regierung, die ihre Zeitungen unterdrückt hat und der Rechtsradikalen, die ihre Versammlungen terrorisierten und frengen, zu leiden. Nur der äußerste Linksradikalismus der Kommunisten feiert Triumphe, die zu denken geben sollten.

Der demokratische Parteitag in Weimar.

Erster Tag.

Der fahnen- und blumengeschmückte Saal der „Erholung“ war von der Masse der Delegierten überfüllt, als am Sonnabend in der dritten Nachmittagsstunde der 5. Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei in Weimar eröffnet wurde.

Reichsminister a. D. Koch-Weser eröffnete den Parteitag mit herzlichem Begrüßungswort und freudlichem Dank für die Weimarer Gastgeber. Er gedachte dann der Toten, die die Partei zu beklagen hat. Als einen weiteren Verlust für die Partei beklagte der Redner das Ausscheiden Dr. Petersens aus dem aktiven Dienst an der Spitze der Partei. Auch den Vertretern der abgetretenen und besetzten Gebiete brachte der Vorsitzende herzliche Grüße und das Gelöbniß opferwilliger Hilfsbereitschaft dar.

Nach der Bildung des Vorstandes für die Tagung an dessen Spitze neben Koch Frau Dr. Bäumer Professor Gerland, Jena, Oberregierungsrat Scheidemann, Berlin, Professor Bloch, Jena, namens der Thüringischen und von Oberregierungsrat Scheidemann namens der Weimarer Parteioffiziere. Der Parteitag bestätigte hierauf die Wahl Kochs zum Vorsitzenden des Parteiauswahlschusses und alsdann erstattete der Hauptgeschäftsführer Stephan den Geschäftsbericht unter besonderer Betonung der praktischen Erfordernisse des Wahlkampfes.

Reichsminister a. D. Koch sprach dann über „Die Deutsche Demokratische Partei im Kampf für Reich und Volk.“

Er warf einen Rückblick auf die beiden Prozesse in Dresden und München. In sich grundverschieden, aber beide ein Beweis dafür, wohin radikale Regierungen in Deutschland treiben, die ohne Mitwirkung der Mitte erlassen werden. Wir lassen uns in dem Gefühl der Schmach über das Schicksal des deutschen Volkes, aber die Leiden des besetzten Gebietes, über die Einkerkung von 1500 guten Deutschen aus dem besetzten Gebiet von niemandem abertreffen; aber wir halten es für die oberste Pflicht eines besonnenen Politikers, im Gegensatz zu den phantastischen Münchener Politikern, die den Wiederaufbau mit einer Kampfansage an drei Viertel des deutschen Volkes beginnen, das Volk zu Wirtlichkeitsinn und Einmütigkeit zu führen, weil ein Wiederaufbau Deutschlands anders als durch ein einiges Volk unmöglich ist. (Lebhafte Beifall.)

Wirtlichkeitsinn brauchen wir vor allem auf dem Gebiete der Außenpolitik. Nach einem verlorenen Kriege bleibt einem Volke nichts übrig, als entweder einen neuen Krieg zu führen, oder den Friedensvertrag zu erfüllen. Bundesgenossen in der Verständigungspolitik ist heute auch die Deutsche Volkspartei. Sie hat umgewandelt und will mit uns „durch Arbeit und Opfer zur Freiheit“. Wenn die Volkspartei auf die Respektlosigkeiten ihres Außenministers nicht die Etikette „Erfüllungspolitik“ kleben lassen will, so darf das zu dem Haßdunkel, in dem sie den Wahlkampf zu führen scheint. (Große Heiterkeit.) Tatsächlich setzt der Außenminister Stresemann die Politik der letzten fünf Jahre fort. Auch die Deutschnationalen Volkspartei wird, wenn sie an der Regierung ist, da sie einem Revanchekrieg ausweicht, diese Politik zu machen versuchen müssen.

Auch innerpolitisch steht uns der Wirtlichkeitsinn. Ich rede dabei nicht von den Deutschbayerischen, die den Kampf gegen den Marxismus predigen, allezeitig aber auch der unentgeltlichen Wegnahme des Grund und Bodens und der Übernahme der Kartelle in den Staatsbetrieb das Wort reden. Ich rede von allen denen, die den Kampf gegen die Inflation im Munde führen, tatsächlich aber eine Verringerung der Einnahmen und eine Vermehrung der Ausgaben betreiben wie die Deutschnationalen Volkspartei. Wer die neue Inflation vermeiden will, muß den Parteien folgen, die zu Ruhe und Geduld mahnen. (Lebhafte Beifall.) Koch schloß wie mit dem Wirtlichkeitsinn des deutschen Volkes ist es mit seinem Sinn für Einheit bestellt.

Die wichtigsten Aufgaben des neuen Reichstages sind Verhütung einer neuen Inflation, die Befreiung von unseren Feinden und die Wahrung der Einheit und der Autorität des Reiches. Die Autorität des Reiches muß sich gegenüber den Ländern gewahrt werden.

Was sich Liberalismus nennt, ist oft nur Streben nach Reservatrechten, wenn nicht Partikularismus und Unvollständigkeit. Partikularismus hat in Deutschland stets sein Haupt erhoben, wenn es uns schlecht ging. (Zustimmung.) Der neue Reichstag wird sich auch mit einer Reform des Parlamentarismus zu beschäftigen haben.

Der neue Reichstag wird ferner die Wahlrechtsfrage erledigen müssen. Auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens ist für die Demokratie eine unabhängige Mittelklasse unerlässlich. Es gilt auch dahin zu wirken, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Geiste der Volkswirtschaft miteinander verkehren. Die Hebung des Beamtenstandes, demgegenüber die letzte Regierung seine allfällige Hand gehabt hat, die Erhaltung des Kleinrentneriums, die Schaffung eines ländlichen Mittelstandes durch tatkräftige Siedelung sind notwendig, um ein wirtschaftlich unabhängiges Staatsbürgerum der Demokratie zu erhalten. Vor allem muß verhilft werden, daß der Staat der Wirtschaft untertan wird. (11)

Alle Aufgaben werden sich im neuen Reichstag nur lösen lassen, wenn er so zusammengefaßt ist, daß sich eine feste Mehrheit bilden kann. Von einem Parteipolitiker beschränken wir dieselbe Parteilosigkeit wie gegenüber den Rechtsrevolutionären in Bayern. Nur Regierungen der Mitte sind auf absehbare Zeit möglich. Der neue Reichstag erfüllt seine Aufgabe dann, wenn er die von den Demokraten angebotene Politik vollendet. Die Politik der Vernunft und der Geduld, wie sie einem zusammengebrochenen Volke auf Jahre hinaus ansteht wie sie uns in den letzten fünf Jahren der wirtschaftlichen Ordnung, der außenpolitischen Verständigung und dem Zusammenhalt des Reiches ganz allmählich näher gebracht wird — unbetrübt fortgesetzt —, nicht Flucht, sondern Segen über Deutschland bringen. Man in ihre liegt unsere Rettung. (Langanhaltender Beifall.)

Ueber das Thema:

„Staat und Wirtschaft“
führte Reichstagsabg. Dr. Fischer-Röll aus: Festigung der Staatsautorität der demokratischen Republik bedeutet Verringerung unserer reparationswirtschaftlichen Lage, Steigerung unserer außenpolitischen Ansehen, Sicherung unserer innenpolitischen Entwicklung und damit unserer wirtschaftlichen Wiederaufbauarbeit, Erhaltung der Reichseinheit. Diese Aufgaben müssen sich die Wirtschaftler vor Augen halten. Wirtschaft und Staat finden sich in dieser Zweckmäßigkeitsabwägung von der Arbeitgeber- wie von der Arbeitnehmerseite her zusammen. Nur aus der Wiederherstellung der Spargleichheit und des Spartriebes im Mittelstand und bei den Arbeitnehmern kann sich die Wirtschaft im Rahmen der deutschen volkswirtschaftlichen Arbeit die Quellen bauender Kapitalneubildung schaffen. Die Gesundung der Wirtschaft vor allem davon abhängig, daß wir auf dem Währungsgebiet weiter mit Stetigkeit arbeiten können. Der Redner bespricht dann die Frage der Ausnutzung der handelsvertraglichen Bewegungsfreiheit. Erforderlich ist eine Vereinfachung und Klärung unserer Steuergebung und eine gerechte Lastenverteilung sowie eine Umgestaltung der Sozialgesetzgebung, eine Zusammenfassung aller Kräfte zu einer wahren Volks- und Arbeitsgemeinschaft. (Lebhafte Beifall.)

Zweiter Tag.

Am Sonntagmorgen wurden die Verhandlungen im schon geschmückten Saale des Nationaltheaters bald nach 9 Uhr wieder aufgenommen. Ueber „Staat und Wirtschaft“ sprach als Korreferent der Gewerkschaftsführer Gustav Schneider.

Die Heranziehung eines tüchtigen Nachwuchses sei wichtiger als die Frage der Arbeitszeit. Der Achtstundentag ist ein kultureller, sittlicher und staatsbürgerlicher Beziehungserfordernis. Die wichtigste Frage sei und bleibe aber die Steigerung der Produktion. Wenn sie innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit erreicht werden kann, umso besser. Die gegenwärtige Lohn- und Gehaltspolitik zwingt die arbeitenden Volksschichten auf eine sehr tiefe Stufe der Lebenshaltung.

Das Referat über

„Volk und Boden“

führte der braunschweigische Minister Rönneburg aus: Wir müssen uns von dem falschen Bodenrecht lösen, so führte er aus, daß der Boden nur dem gibt, der ihn befruchten kann, nicht dem der ihn braucht. Es müssen wieder mehr Menschen auf dem Lande erhalten werden. Siedlungsland, Gartenland, Schutz für die Pächter und Stabler, Siedlungsmöglich-